ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: wirtschaftliche Aktivität belebt sich trotz Konsumschwäche

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1994) : Bundesrepublik Deutschland: wirtschaftliche Aktivität belebt sich trotz Konsumschwäche, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 154-176

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/1604

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

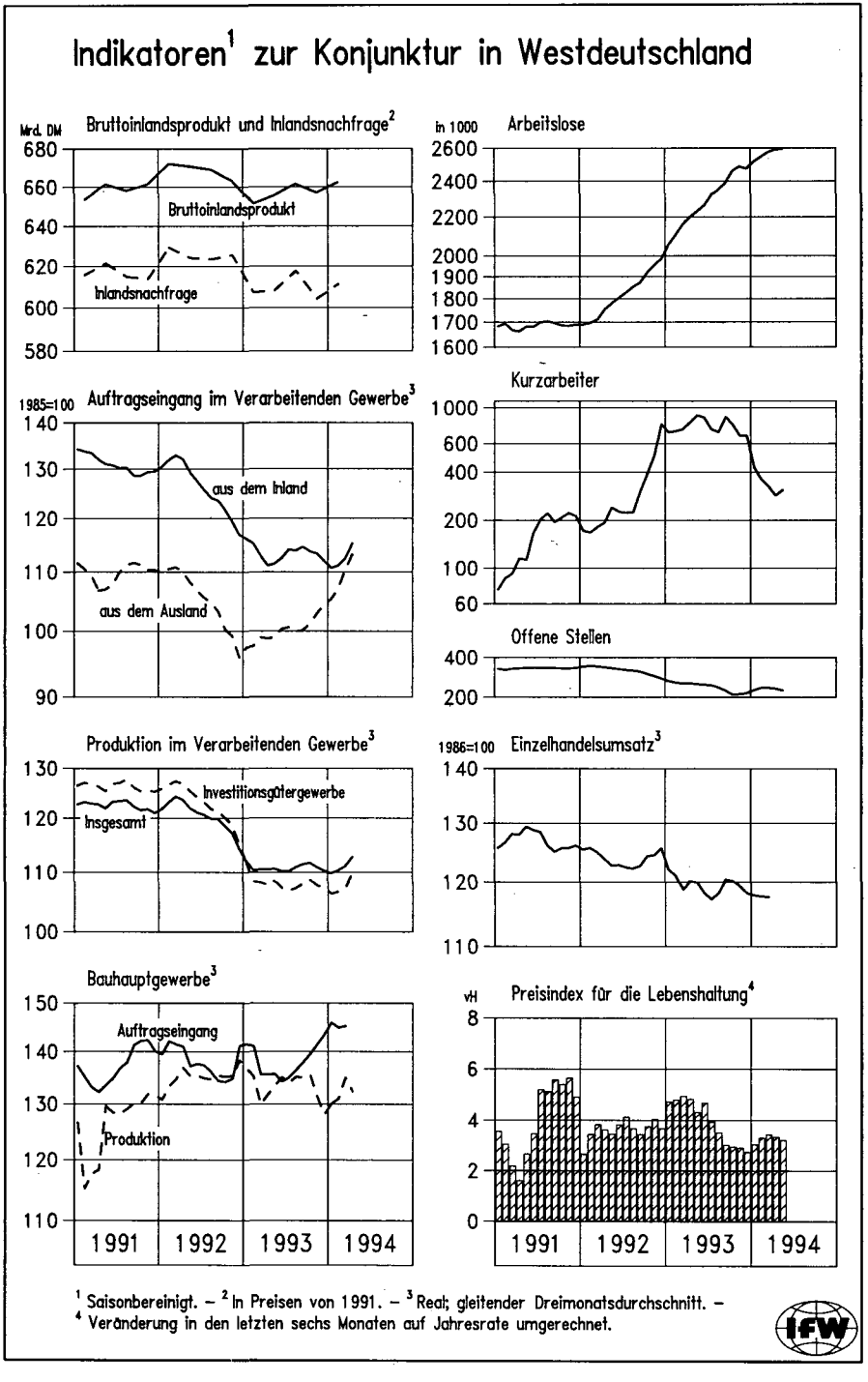
Bundesrepublik Deutschland: Wirtschaftliche Aktivität belebt sich trotz Konsumschwäche

Von **Alfred Boss, Jörg Döpke, Malte Fischer, Jörg W. Krämer, Enno Langfeldt** und **Klaus-Werner Schatz**

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland hellt sich auf. In den alten Bundesländern ist die Konjunkturschwäche überwunden. Die gesamtwirtschaftliche Produktion war in der Tendenz schon seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres leicht aufwärtsgerichtet, wenn auch nicht stabil. Im vierten Quartal 1993 ging sie zurück. Dem folgte nun im ersten Quartal dieses Jahres ein deutlicher Anstieg (Schaubild 1); das Niveau im Vorquartal wurde um rund 3,5 vH (Jahresrate) übertroffen, das im gleichen Vorjahreszeitraum um 2,1 vH. Zu der kräftigen Produktionsbelebung hat freilich die Witterung beigetragen, die die Bautätigkeit begünstigte. In der Einschätzung durch die Unternehmen hat sich das Geschäftsklima weiter verbessert, und die Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe waren im März 1994 um 2,3 Prozentpunkte höher ausgelastet als zum Tiefpunkt im Herbst vergangenen Jahres. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich zuletzt deutlich weniger stark erhöht als im Verlauf von 1993; die der Erwerbstätigen ist verlangsamt gesunken. Die Zahl der Kurzarbeiter ging bis Ende Mai auf 326 000 zurück, das ist eine Verminderung um 613 000 binnen Jahresfrist. Die Verringerung der Kurzarbeit ist erfahrungsgemäß der erste sichtbare Beleg für eine konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt. Der Preisanstieg hat sich in laufender Rechnung auf eine Rate von 2,5 vH abgeschwächt; wegen der Mineralölsteuererhöhung sowie der Anhebung administrierter Preise zu Jahresbeginn betrug im Mai der Abstand gegenüber dem Niveau im gleichen Vorjahresmonat gleichwohl noch 3 vH.

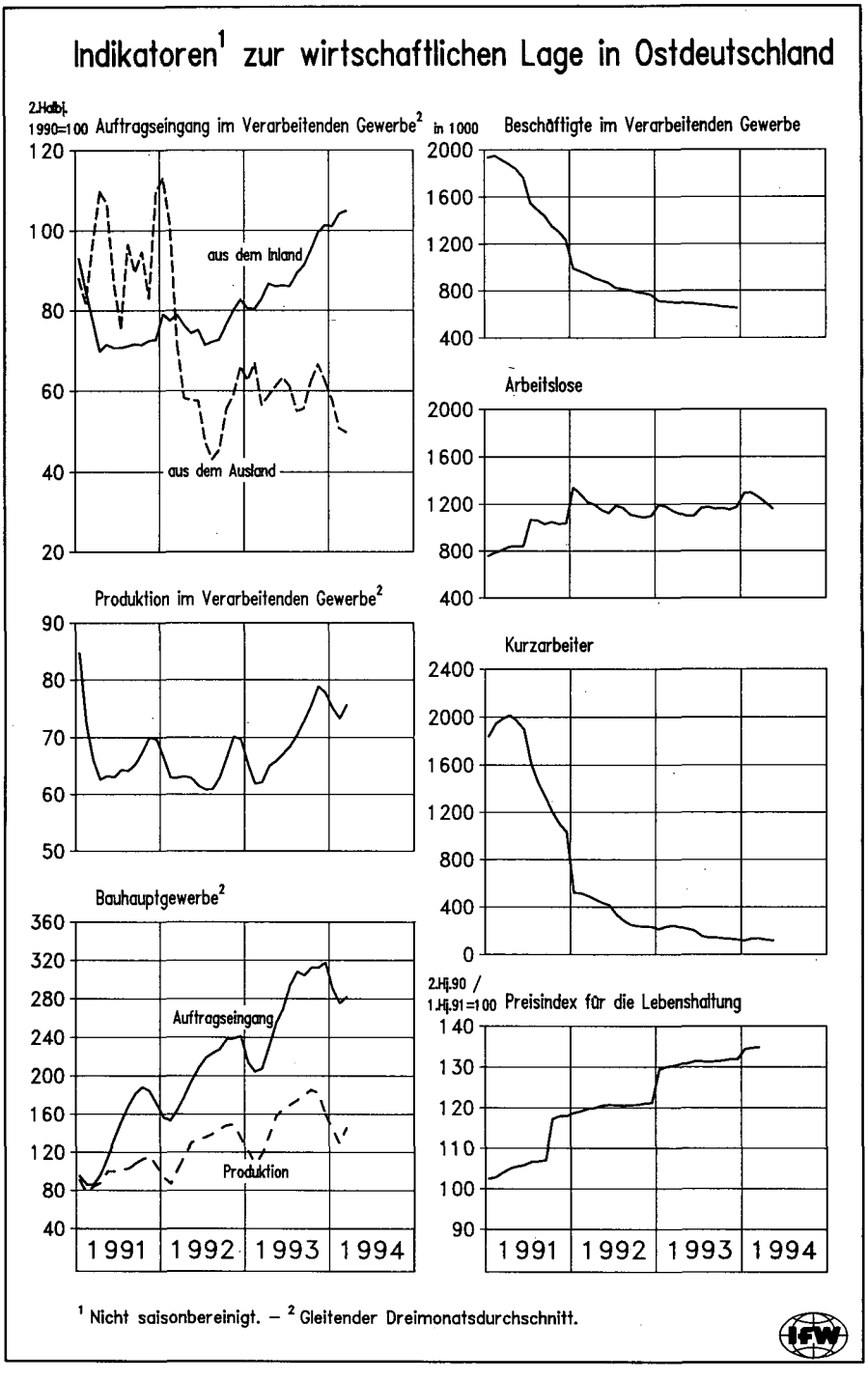
In den neuen Bundesländern wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion im Winterhalbjahr 1993/94 verstärkt ausgeweitet; das reale Bruttoinlandsprodukt übertraf den Stand im Vorjahr um reichlich 8,5 vH. Außer in der Bauwirtschaft nahm dabei im Verarbeitenden Gewerbe die wirtschaftliche Aktivität überdurchschnittlich zu. Insgesamt übertraf die Produktion des Produzierenden Gewerbes das Niveau im entsprechenden Vorjahreszeitraum um rund 15 vH. Trotz der raschen Produktionsausweitung hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht entspannt. Zwar ist die Zahl der Beschäftigten nur noch wenig zurückgegangen, gleichwohl war die Zahl der Arbeitslosen Ende Mai dieses Jahres um rund 63 000 höher als ein Jahr zuvor (Schaubild 2). Darin spiegelt sich wider, daß Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik weniger bedeutsam sind als ein Jahr zuvor. Mit einer Rate von 3,4 vH war der Preisanstieg im Vergleich zum Vorjahr zuletzt nur wenig höher als in den alten Bundesländern.

Schaubild 1



[1] Saisonbereinigt. – [2] In Preisen von 1991. – [3] Real; gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – [4] Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Schaubild 2



[1] Nicht saisonbereinigt. – [2] Gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Konjunkturelle Erholung im Westen

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Konjunktur in den alten Bundesländern im Verlaufe dieses und des kommenden Jahres an Fahrt gewinnt. Die Auftragseingänge aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe – sie expandieren bereits seit Ende 1992 – nehmen seit Herbst vergangenen Jahres beschleunigt zu; die Bestellungen aus dem Inland sind, nachdem sie vom Spätsommer 1993 bis zur Jahreswende gesunken waren, deutlich aufwärtsgerichtet. Im Baugewerbe haben sich die Aufträge seit dem Sommer vergangenen Jahres deutlich erhöht. Wichtige konjunkturelle Rahmenbedingungen haben sich merklich verbessert. Die Bundesbank hat ihre Leitzinsen bis zuletzt weiter zurückgeführt, sie liegen nunmehr bereits rund 4 Prozentpunkte niedriger als bei ihrem Höchststand im Sommer 1992. Die Zinsstruktur, die noch zu Beginn dieses Jahres invers war, ist nunmehr eindeutig positiv. Dazu hat freilich neben sinkenden Geldmarktzinsen auch ein deutlicher Anstieg der langfristigen Zinsen beigetragen. Die Bundesbank hat angekündigt, daß sie ihre Politik einer schrittweisen Senkung der Leitzinsen grundsätzlich fortsetzen will. Die Lockerung der Geldpolitik wird die Binnennachfrage zunehmend anregen, zumal die Unternehmen durch umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen die Rentabilitätsschwelle beträchtlich gesenkt haben und moderate Lohnsteigerungen weiteren Raum für eine spürbare Verbesserung der Gewinne geben. In der zurückliegenden Lohnrunde wurden im Durchschnitt Lohnanhebungen von weniger als 2 vH vereinbart, dies ist deutlich weniger als 1993 (4 vH) und 1992 (5,5 vH). Hinzu kommt eine etwas größere Flexibilität auf Unternehmensebene bei der Entlohnung sowie bei der Gestaltung der Arbeitszeit. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit werden die Lohnzuwächse im kommenden Jahr wohl kaum deutlich größer ausfallen als in diesem Jahr. Mit der konjunkturellen Belebung in wichtigen westeuropäischen Partnerländern sind die Chancen für eine kräftige Ausweitung der Exporte sowohl im weiteren Verlauf dieses Jahres als auch im kommenden Jahr günstig.

Von der Finanzpolitik gehen seit geraumer Zeit dämpfende Wirkungen auf die Konjunktur aus. Zu Beginn dieses Jahres wurden nochmals Abgaben erhöht. Die Mineralölsteuer ist um rund 11 vH gestiegen, und der Beitragssatz zur Rentenversicherung wurde um 1,7 Prozentpunkte erhöht. Gleichzeitig wurden einzelne Sozialleistungen gekürzt. Trotzdem geht der Fehlbetrag in den öffentlichen Haushalten 1994 nur wenig zurück. Zur Konsolidierung sind für das Jahr 1995 weitere Abgabenerhöhungen vorgesehen. Neben dem Solidaritätszuschlag in Höhe von 7,5 vH der Steuern vom Einkommen werden erstmalig Beiträge in Höhe von 1 vH der Lohnsumme zur Finanzierung der Pflegeversicherung erhoben; außerdem werden die Vermögen- und die Versicherungsteuer erhöht. Dies entzieht vor allem den privaten Haushalten in beträchtlichem Umfang Kaufkraft und trägt so dazu bei, daß der private Verbrauch zu Beginn dieses Aufschwungs zurückgeht.

Dies hat die Befürchtung hervorgerufen, es werde zu keiner spürbaren und nachhaltigen Belebung der Konjunktur kommen, zumal von der staatlichen Nachfrage kaum Anregungen ausgehen werden. In den vergangenen Zyklen

Tabelle 1 – Prozentuale Veränderungen verschiedener Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts in Westdeutschland in den ersten vier (acht) Quartalen nach dem konjunkturellen Tiefpunkt [1]

	67 II–68 II (–69 II)	75 II–76 II (–77 II)	82 IV–83 IV (–84 IV)	93 IV–94 IV (–95 IV) [2]
Bruttoinlandsprodukt	5,1 (13,3)	6,1 (8,7)	3,8 (6,8)	2,4 (5,4)
Letzte inländische Verwendung	5,4 (13,7)	6,3 (8,1)	5,2 (5,8)	2,0 (4,5)
Privater Verbrauch	5,5 (13,4)	3,8 (8,6)	1,9 (3,5)	–1,0 (–0,1)
Staatlicher Verbrauch	–1,0 (4,4)	1,8 (2,2)	2,5 (6,1)	–0,2 (0,8)
Ausrüstungsinvestitionen	8,0 (29,4)	9,1 (13,7)	11,2 (11,7)	6,7 (15,2)
Bauinvestitionen	2,4 (11,5)	6,9 (6,3)	2,7 (3,3)	2,3 (5,2)
Exporte	6,1 (24,7)	9,2 (15,4)	2,4 (14,1)	7,0 (15,2)
Importe	8,6 (30,8)	10,4 (12,8)	8,4 (11,1)	5,8 (12,8)
Nachrichtlich:				
Lagerveränderung [3]	1,9 (1,5)	2,3 (1,0)	2,3 (1,1)	1,1 (1,7)
Außenbeitrag [3]	–0,1 (0,2)	–0,0 (0,8)	–1,2 (1,4)	0,9 (1,7)

[1] Saison- und arbeitstäglich bereinigte Quartalswerte in Preisen von 1991. – [2] Eigene Prognose. – [3] Veränderungen in vH des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1994]; eigene Berechnungen.

haben jedoch jeweils vor allem hohe Zuwächse bei den Ausrüstungsinvestitionen und den Vorratsveränderungen die konjunkturelle Wende herbeigeführt (Tabelle 1). Mit Ausnahme von 1983 gingen auch von den Exporten Impulse aus. Gleichzeitig mit der Konjunkturbelebung haben zudem zumeist die Importe deutlich zugenommen. Der private Verbrauch wurde in vergangenen Aufschwungsphasen zunächst im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt überwiegend wenig ausgeweitet. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in der Rezession und vielfach auch noch zu Beginn eines Aufschwungs die Beschäftigung sinkt und daß sich wegen der gestiegenen Arbeitslosigkeit die Lohnerhöhungen deutlich zurückbilden. Das unserer Prognose zugrundeliegende Verlaufsmuster für den privaten Konsum ist dem in vorangegangenen Aufschwungsphasen ähnlich. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt wird der private Verbrauch in diesem Aufschwung jedoch deutlich schwächer zunehmen als in früheren Zyklen. Dies ist Ausdruck einer Einkommensumverteilung von den

Tabelle 2 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland 1992–1995

	1993	1992	1993	1994[1]	1995[1]
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	1560,5	5,7	3,3	2,5	2,5
Staatsverbrauch	506,3	7,3	1,1	1,5	3,5
Anlageinvestitionen	566,6	5,1	–4,6	2,0	7,0
Ausrüstungsinvestitionen	219,8	–2,1	–14,6	1,0	10,5
Bauinvestitionen	346,8	11,3	3,1	2,5	4,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	–26,1	(–4,6)	(–26,1)	(–7,0)	(3,5)
Ausfuhr	887,9	4,7	–5,0	8,0	9,5
Einfuhr	663,1	2,3	–10,4	6,0	10,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	224,8	(194,6)	(224,8)	(256,4)	(275,7)
Bruttoinlandsprodukt	2832,0	6,0	1,4	4,0	4,0
Bruttosozialprodukt	2820,0	5,5	0,8	3,5	4,0
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	1451,5	1,7	–0,0	–0,5	0,0
Staatsverbrauch	475,1	3,2	–1,3	0,0	1,0
Anlageinvestitionen	531,9	1,1	–6,9	0,5	4,5
Ausrüstungsinvestitionen	214,6	–3,9	–15,0	0,0	8,5
Bauinvestitionen	317,4	5,5	–0,4	0,5	2,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	–20,9	(–1,8)	(–20,9)	(–7,0)	(3,5)
Ausfuhr	869,0	3,7	–6,1	6,5	7,5
Einfuhr	680,6	3,9	–9,5	4,0	6,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	188,3	(173,1)	(188,3)	(218,6)	(239,7)
Bruttoinlandsprodukt	2626,0	1,6	–1,9	1,5	2,5
Bruttosozialprodukt	2615,4	1,0	–2,4	1,5	2,0
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts	1991=100				
Privater Verbrauch	107,5	4,0	3,4	3,0	2,5
Ausrüstungsinvestitionen	102,4	1,9	0,5	1,0	1,5
Bauinvestitionen	109,3	5,5	3,6	2,0	2,5
Ausfuhr	102,2	1,0	1,2	1,5	2,0
Einfuhr	97,4	–1,6	–1,0	2,0	3,5
Bruttoinlandsprodukt	107,8	4,4	3,3	2,5	2,0
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991	Mrd. DM				
Arbeitsvolumen	.	1,7	–3,4	–1,5	–0,5
Produktivität	.	–0,2	1,5	3,0	3,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2108,0	4,6	–0,7	3,0	4,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	580,2	1,2	–5,5	8,0	7,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1527,8	6,0	1,3	1,0	2,5
in vH des Volkseinkommens	.	71,1	72,5	71,0	70,0
Lohnkosten je Produkteinheit[2]	.	4,7	3,5	–0,5	0,0
Arbeitslose (Mill.)	2,27	1,81	2,27	2,58	2,59
Erwerbstätige[3] (Mill.)	29,01	29,49	29,01	28,57	28,54
Beschäftigte Arbeitnehmer[3] (Mill.)	25,97	26,43	25,97	25,54	25,51

[1] Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet. – [2] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – [3] Inlandskonzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1994]; eigene Schätzungen.

privaten Haushalten zum Staat zu dem Zweck, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, und zu den Unternehmen mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im Ergebnis bedeutet dies, daß die Importe vergleichsweise wenig ansteigen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden nach unserer Einschätzung in der Anfangsphase dieses Aufschwungs vergleichsweise kräftig expandieren. Ein starker Rückgang der Arbeitslosigkeit setzt voraus, daß der Lohnanstieg über mehrere Jahre gering ist und die Unternehmensinvestitionen nicht nur über einen Zeitraum von zwei Jahren, sondern über eine längere Frist rasch ausgeweitet werden. Mit dem Anstieg der Zahl der Beschäftigten werden sich dann auch die Einkommen der privaten Haushalte und der private Verbrauch zunehmend lebhaft erhöhen.

Insgesamt wird nach unserer Einschätzung die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Verlauf dieses und des kommenden Jahres allmählich an Tempo gewinnen. Dabei wird die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wohl erst im Verlauf von 1995 deutlich steigen. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt 1994 um rund 1,5 vH und 1995 um etwa 2,5 vH zunehmen (Tabelle 2).

Umstrukturierung der Betriebe im Osten macht Fortschritte

Inzwischen gibt es klare Zeichen, daß der Aufholprozeß der ostdeutschen Wirtschaft in Gang gekommen ist. Die gesamtwirtschaftliche Produktion expandiert in hohem Tempo, obwohl die Transfers aus dem Westen, die die wirtschaftliche Aktivität in den Vorjahren maßgeblich bestimmt haben, nunmehr deutlich langsamer steigen. Erstmalig nahm 1993 die ostdeutsche Produktion rascher zu als die Inlandsnachfrage. Die Investitionstätigkeit bleibt kräftig, der Aufbau des Kapitalstocks in Ostdeutschland kommt weiter voran. Dabei wird pro Kopf gerechnet mehr investiert als in den alten Bundesländern. Zu dem vielfach – im Zusammenhang mit der Rezession im Westen – befürchteten Einbruch der Investitionen im Osten ist es nicht gekommen. Zusammen mit den Konsolidierungsmaßnahmen der Unternehmen hat die rege Investitionstätigkeit dazu beigetragen, die Produktivitätslücke gegenüber dem Westen zu verringern, wenn sie auch weiterhin beträchtlich ist; die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung je Erwerbstätigen erreichte 1993: 46 vH des Niveaus in Westdeutschland. Die Lohnstückkosten lagen wegen der nochmals kräftigen Anhebung der Löhne gleichwohl noch um reichlich 70 vH über denen in den alten Bundesländern.[1] In der Summe haben die Unternehmen in Ostdeutschland auch 1993 Verluste gemacht. Dies zeigt, daß großer Anpassungsbedarf fortbesteht.

Auch im Verarbeitenden Gewerbe, das von der Marktöffnung im Zuge der Vereinigung am stärksten getroffen wurde, ist die Umstrukturierung der Betriebe vorangekommen. Die Privatisierung ist praktisch abgeschlossen. Freilich verbleibt eine kleine Zahl schwer verkäuflicher Unternehmen. Anlaß zur Sorge

[1] Die Lohnstückkosten sind berechnet als Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (alle Größen gemäß Inlandskonzept).

gibt, daß versucht wird, diese mittels umfangreicher Subventionen zu erhalten. Bei der Verringerung der Kosten wurden 1993 zwar Fortschritte gemacht. Gemäß einer Umfrage des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle ist aber gleichwohl in der ostdeutschen Industrie pro 100 DM Umsatz ein Verlust von 14 DM entstanden; die entsprechenden Werte für 1992 und 1991 betrugen 16 bzw. 21 DM [Rahneberg, 1994, S. 20 ff.]. Im Gegensatz zu den Großunternehmen wiesen die meisten mittelständischen Unternehmen, zu denen der überwiegende Teil der neugegründeten und reprivatisierten Unternehmen gehört, Gewinne aus. Auch zwischen den Branchen verläuft die Entwicklung sehr differenziert. Während jene Zweige, die überwiegend für lokale Märkte produzieren, deutliche Produktionszuwächse verzeichnen, sind die Erfolge bei der Erschließung überregionaler Märkte noch immer gering. Zunehmend treten Anbieter aus den mittel- und osteuropäischen Ländern als Konkurrenten der ostdeutschen Unternehmen auf. Diese, häufig sind es Niederlassungen westlicher Unternehmen, verfügen über beträchtliche Lohnkostenvorteile. Neben der Kapitalbeschaffung ist das rasche Tempo der Lohnerhöhungen weiterhin das gravierendste Problem der ostdeutschen Unternehmen [DIW, IfW, JWH, 1994, S. 6]. Wegen der überhöhten Tariflohnabschlüsse ist eine große Zahl von Betrieben erst gar nicht Mitglied der Arbeitgeberverbände geworden, hat diese verlassen oder denkt an einen Austritt. Gegenwärtig zahlen 35 vH der Industrieunternehmen Löhne, die unter den Tariflöhnen liegen [ebenda, S. 7].

Die Konjunkturerholung in Westdeutschland und im übrigen Westeuropa erleichtert es den ostdeutschen Unternehmen, Marktanteile zu gewinnen, und die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird wohl weiter überproportional zunehmen. Von der Expansion in der Industrie begünstigt sind vor allem der Verkehrssektor und andere produktionsbezogene Dienstleistungen. In den konsumorientierten Bereichen des Dienstleistungssektors, vor allem im Einzelhandel, wirken schwächer steigende Realeinkommen dagegen auf einen geringeren Anstieg als in den Vorjahren hin. Das Baugewerbe dürfte von der raschen Ausweitung der Wohnungsbaunachfrage profitieren. Alles in allem wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion angesichts der Fortschritte bei der Verbesserung des Angebots in diesem und im nächsten Jahr erneut kräftig erhöhen (Tabelle 3). Noch aber sind, vor allem wegen des starken Anstiegs des Lohnniveaus, die Voraussetzungen dafür nicht gegeben, daß sich der Wachstumsprozeß mit hohem Tempo und über viele Jahre fortsetzt und zu zahlreichen zusätzlichen Arbeitsplätzen führt – Ostdeutschland also zu Westdeutschland aufschließen kann.

Anhaltende Schwäche des Konsums

Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern bewirken die weiteren fiskalischen Belastungen in diesem wie auch im kommenden Jahr beträchtliche Einkommensumschichtungen von den privaten Haushalten zum Staat. Ferner wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte durch die Nachwirkungen der Rezession und der Umstrukturierung der Wirtschaft ge-

Tabelle 3 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland 1992–1995

	1993	1992	1993	1994[1]	1995[1]
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	232,3	18,2	9,5	4,5	4,5
Staatsverbrauch	116,3	23,6	9,9	5,0	5,5
Anlageinvestitionen	139,2	32,6	20,3	23,5	20,5
Ausrüstungsinvestitionen	51,7	12,9	9,3	15,5	15,5
Bauinvestitionen	87,5	50,8	28,0	28,0	23,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	0,2	(–2,4)	(0,2)	(1,0)	(–4,0)
Ausfuhr	52,7	14,1	–1,5	16,0	30,0
Einfuhr	265,1	15,1	5,6	8,5	9,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	–212,4	(–197,6)	(–212,4)	(–226,3)	(–235,1)
Bruttoinlandsprodukt	275,5	29,1	18,0	13,0	12,5
Bruttosozialprodukt	286,8	29,0	16,9	12,5	12,0
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	195,5	7,3	1,5	1,0	2,0
Staatsverbrauch	94,1	7,2	2,6	1,0	2,0
Anlageinvestitionen	125,0	24,0	15,6	19,0	15,5
Ausrüstungsinvestitionen	50,1	10,8	8,2	13,0	13,0
Bauinvestitionen	74,9	36,2	21,2	22,5	17,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	0,7	(–0,6)	(0,7)	(1,0)	(–4,0)
Ausfuhr	52,4	12,9	–1,0	14,0	26,5
Einfuhr	255,2	12,9	3,6	6,0	6,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	–202,8	(–193,4)	(–202,8)	(–210,9)	(–211,2)
Bruttoinlandsprodukt	212,5	9,7	7,1	9,0	10,0
Bruttosozialprodukt	222,6	10,3	6,2	8,5	9,5
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts	1991=100				
Privater Verbrauch	118,8	10,1	7,9	3,0	2,5
Ausrüstungsinvestitionen	103,2	2,0	1,0	2,0	2,5
Bauinvestitionen	116,9	10,7	5,6	4,5	5,0
Ausfuhr	100,6	1,0	–0,4	2,0	2,5
Einfuhr	103,9	2,0	1,9	2,5	3,0
Bruttoinlandsprodukt	129,7	17,6	10,2	3,5	2,0
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts					
Arbeitsvolumen	.	–2,4	–2,5	–1,0	0,5
Produktivität	.	12,1	9,5	10,0	9,5
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	229,0	23,4	15,7	11,5	13,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	–12,8	.	.	.	.
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	241,8	20,1	8,4	7,5	8,5
in vH des Volkseinkommens	.	112,6	105,6	102,0	97,0
Lohnkosten je Produkteinheit[2]	.	10,4	2,7	–0,5	–0,5
Arbeitslose (Mill.)	1,15	1,17	1,15	1,22	1,20
Erwerbstätige[3] (Mill.)	6,13	6,34	6,13	6,12	6,16
Beschäftigte Arbeitnehmer[3] (Mill.)	5,68	5,93	5,68	5,64	5,67

[1] Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet. – [2] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – [3] Inlandskonzept.

Quelle: Wie Tabelle 2.

drückt: Bis zum Ende dieses Jahres geht die Zahl der Beschäftigten zurück, und die Lohnsteigerungen fallen sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr angesichts der hohen Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig aus. Wegen der Kürzungen bei verschiedenen Sozialleistungen (z. B. Arbeitslosengeld) und verlangsamt steigender Altersrenten nehmen auch die Transfereinkommen abgeschwächt zu. Die entnommenen Gewinne dürften dagegen im Zuge der konjunkturellen Belebung wieder rascher expandieren. Bei einem Anstieg der Verbraucherpreise um rund 3 vH in diesem und etwa 2,5 vH im kommenden Jahr wird das verfügbare Realeinkommen der Haushalte in Westdeutschland in diesem Jahr um rund 1,5 vH sinken und im nächsten Jahr stagnieren; nur in den neuen Bundesländern erhöhen sich die Realeinkommen weiter. Im Westen werden die privaten Haushalte die schwächere Einkommensentwicklung vermutlich durch eine Verringerung ihrer Sparneigung nicht in vollem Umfang auf ihre Konsumausgaben durchschlagen lassen. Ein solches Verhalten ist zu Beginn eines Aufschwungs, wenn die Zinsen fallen und die Beschäftigungsperspektiven sich aufhellen, nicht ungewöhnlich.

Rasche Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland dürften im ersten Quartal 1994 ihren Tiefpunkt erreicht haben. Für den weiteren Verlauf des Jahres sind die Voraussetzungen für einen deutlichen Anstieg günstig: Die Unternehmen haben in der Rezession über Rationalisierung und Verringerung der Beschäftigten die Rentabilitätsschwelle gesenkt. Dies hat trotz schwacher Nachfrage bereits dazu geführt, daß sich die Gewinne erholen. Nunmehr steigt jedoch die Auslastung der Sachkapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe, und die Entwicklung der Auftragseingänge spricht dafür, daß sich dies fortsetzt. Damit werden die Lohnstückkosten weiter zurückgehen, und die Gewinne sowie die erwartete Rendite auf Sachkapital werden sich rasch erhöhen. Zudem ist es aufgrund der nunmehr positiven Zinsdifferenz für Investoren nicht mehr attraktiv, eine abwartende Haltung einzunehmen. Im Verlauf des Jahres dürften deshalb die Ausrüstungsinvestitionen deutlich zunehmen. Wegen des sehr niedrigen Ausgangsniveaus Ende 1993 bedeutet dies, daß sie im Durchschnitt des Jahres 1994 nicht höher als im Vorjahr sein werden. 1995 wird sich die Erholung der Ausrüstungsinvestitionen im etwa gleichen Tempo wie im Verlauf dieses Jahres fortsetzen.

Die Ausrüstungsinvestitionen in Ostdeutschland nahmen bis zuletzt rasch zu. Maßgeblich ist nach wie vor die Förderung durch die öffentliche Hand [DIW, IfW, IWH, 1994, S. 16]. Auch erreichen mehr Unternehmen die Gewinnschwelle. Für einen weiteren kräftigen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen sprechen zudem die Angaben der Treuhandanstalt über Investitionszusagen privatisierter Unternehmen.

Wohnungsbau expansiv

Die Bauinvestitionen in Westdeutschland sind im ersten Quartal dieses Jahres deutlich angestiegen. Besonders kräftig war der Zuwachs der Wohnungsbauinvestitionen; gewerbliche und staatliche Bauten verzeichneten ebenfalls einen Anstieg. Freilich ist die Entwicklung auch durch die günstige Witterung beeinflußt worden. Für dieses Jahr ist auch weiterhin eine günstige Wohnungsbaukonjunktur zu erwarten. Zwar sind die langfristigen Zinsen jüngst angestiegen, aber sie sind im längerfristigen Vergleich noch immer niedrig. Die Diskrepanz zwischen Baugenehmigungen und Baufertigstellungen in den letzten Jahren hat einen erheblichen Bauüberhang entstehen lassen. Zudem lassen alle verfügbaren Frühindikatoren wie Baugenehmigungen, Auftragseingänge und Befragungen eine ungebrochene Dynamik im Wohnungsbau erkennen. Obgleich die Erwartungen bezüglich der Realeinkommen der privaten Haushalte auf mittlere Sicht gedrückt sind, so ist doch die Nachfrage nach Wohnraum groß, insbesondere in Ballungsräumen. Auch wenn die Obergrenze der in einem Zeitraum von drei Jahren zulässigen Mieterhöhungen für die Jahre 1993–1996 von 30 auf 20 vH gesenkt worden ist, bieten sich potentiellen Investoren insgesamt günstige Renditeaussichten, zumal die Baupreise zur Zeit nur moderat steigen. Einige politische Entscheidungen regen darüber hinaus den Wohnungsbau an: So können Bauherren für selbstgenutzte Häuser oder Wohnungen Schuldzinsen steuermindernd geltend machen, sofern das Objekt noch 1994 fertiggestellt wird; dies dürfte Vorzieheffekte auslösen. Weiter sind mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz die Genehmigungsverfahren verkürzt und die Ausweisung von Bauland erleichtert worden. Schließlich ist die steuerliche Förderung des Erwerbs gebrauchter Objekte eingeschränkt worden. Dies läßt den Neubau tendenziell günstiger erscheinen.

In Ostdeutschland werden die Wohnungsbauinvestitionen abermals stark zunehmen. Hier wirkt sich vor allem die Kappung der Altschulden der Wohnungsunternehmen und die mit ihr verbundene Privatisierungsauflage aus. Beides wird zusätzliche Modernisierungs- und Sanierungsanstrengungen auslösen [Sander, 1994]. Zudem führen die Kappung der Altschulden ebenso wie die neuerlichen Mieterhöhungen den Wohnungsunternehmen erhebliche finanzielle Mittel zu. Die zunehmende Klärung von Eigentumsansprüchen und die Verkürzung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren tragen ebenfalls dazu bei, daß der Wohnungsbau in Ostdeutschland weiter kräftig expandieren wird. Ein erheblicher Teil des Wohnungsbestandes in Ostdeutschland ist saniert oder instandgesetzt worden; nun wird der Neubau an Bedeutung gewinnen.

Der Wirtschaftsbau in Westdeutschland war im Zuge der Rezession deutlich eingeschränkt worden. Bei diesen Investitionen kommt dem Erweiterungsmotiv große Bedeutung zu: Bevor die Auslastung der Kapazitäten nicht spürbar steigt, ist auch nicht mit einem Anstieg des Wirtschaftsbaus zu rechnen. Da dies erfahrungsgemäß erst im späteren Verlauf eines Aufschwungs der Fall ist, muß in dieser Bausparte 1994 im Vergleich zum Vorjahr noch mit einem Rückgang gerechnet werden. Bei Bürogebäuden gibt es mancherorts sogar hohe Leerstände; das hat die Renditeerwartungen vermindert. Dagegen werden die Sen-

kung des Körperschaftsteuersatzes und des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer bei Einkünften aus Gewerbebetrieben und die nunmehr noch bis Ende 1995 gültigen günstigeren Abschreibungsbedingungen den Wirtschaftsbau beleben. In Ostdeutschland wird der gewerbliche Bau im Zuge des Modernisierungsprozesses der Wirtschaft auch weiterhin kräftig ausgeweitet werden. Nachdem ein erhebliches Maß an komplementären Investitionen in Infrastruktur und öffentliche Verwaltungen nunmehr getätigt worden ist, verbessern sich die Investitionsbedingungen am Standort Ostdeutschland spürbar.

Die staatlichen Bauinvestitionen werden in Westdeutschland angesichts der Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte real zurückgehen. Für Ostdeutschland kann wegen der anhaltend hohen und 1995 wegen der Eingliederung der neuen Länder in den Finanzausgleich nochmals steigenden Transferleistungen dagegen mit einem erneut deutlichen Zuwachs gerechnet werden.

Kräftiger Anstieg der Exporte

Die Warenexporte, die ihren Tiefpunkt bereits im Sommerhalbjahr 1993 durchschritten hatten, sind zuletzt kräftig gestiegen. Wie die Erfahrung zeigt, werden die westdeutschen Ausfuhren maßgeblich von der Produktion in wichtigen Handelspartnerländern bestimmt [vgl. dazu Döpke, Fischer, 1994]. Eine spürbar zunehmende Nachfrage nach deutschen Produkten ging zunächst von den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich, wo die Produktion bereits seit geraumer Zeit expandiert, sowie von den kräftig wachsenden Staaten Südostasiens aus. Aber auch die Länder Westeuropas, in denen sich die konjunkturelle Erholung zunehmend durchsetzt, erhöhten ihre Bezüge aus Deutschland nach und nach. Insbesondere Unternehmen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes und des Investitionsgütergewerbes verzeichneten mehr Bestellungen aus dem Ausland.

Im weiteren Verlauf dieses und des kommenden Jahres werden sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Ausfuhr nochmals verbessern. Der Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich setzt sich fort. Aber auch in den westeuropäischen Ländern, dem wichtigsten Absatzmarkt westdeutscher Unternehmen, zeichnet sich eine verstärkte Belebung von Nachfrage und Produktion ab. Weiterhin kräftige Impulse für die deutsche Ausfuhr werden wohl von den expandierenden Ländern im asiatisch-pazifischen Raum sowie von den im Reformprozeß weit vorangeschrittenen Ländern Polen, Tschechische Republik und Ungarn ausgehen. Die Ausfuhren Ostdeutschlands werden in diesem und im kommenden Jahr steigen. So hat sich die Qualität ostdeutscher Produkte verbessert, und die Anbieter in den neuen Ländern werden ihre Exportanstrengungen wohl intensivieren. Hierbei erleichtert ihnen die Belebung der Weltkonjunktur die Erschließung neuer Märkte in den westlichen Ländern. Für die Bundesrepublik insgesamt dürfte sich für die Exporte in diesem Jahr ein Zuwachs von 8 bzw. 9,5 vH im kommenden Jahr ergeben (Tabelle 4).

Da die Nachfrage auf den Absatzmärkten zunächst nur moderat zunimmt und der Wettbewerbsdruck hoch bleibt, werden die Exportpreise in diesem und im kommenden Jahr nur mäßig steigen.

Tabelle 4 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1992–1995

	1993	1992	1993	1994[1]	1995[1]
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Privater Verbrauch	1792,7	7,1	4,1	3,0	2,5
Staatsverbrauch	622,6	9,8	2,7	2,0	4,0
Anlageinvestitionen	705,7	8,8	–0,5	6,0	10,0
Ausrüstungsinvestitionen	271,5	–0,0	–10,9	4,0	11,5
Bauinvestitionen	434,3	16,5	7,3	7,5	9,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	–25,9	(–7,0)	(–25,9)	(–6,0)	(–0,5)
Ausfuhr[2]	654,8	0,8	–8,8	9,5	12,0
Einfuhr[2]	642,4	0,8	–10,9	6,5	11,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	12,4	(–3,1)	(12,4)	(30,1)	(40,6)
Bruttoinlandsprodukt	3107,5	7,5	2,6	4,5	5,0
Bruttosozialprodukt	3106,8	7,0	2,1	4,5	5,0
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1991					
Privater Verbrauch	1647,0	2,3	0,1	0,0	0,0
Staatsverbrauch	569,2	3,8	–0,7	0,0	1,0
Anlageinvestitionen	656,9	4,2	–3,3	4,0	7,0
Ausrüstungsinvestitionen	264,7	–1,9	–11,4	2,5	9,5
Bauinvestitionen	392,2	9,5	3,1	5,0	5,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	–20,2	(–2,4)	(–20,2)	(–6,0)	(–0,5)
Ausfuhr	645,6	0,1	–9,5	8,0	9,5
Einfuhr	660,1	2,6	–10,0	4,5	6,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	–14,5	(–20,3)	(–14,5)	(8,0)	(28,0)
Bruttoinlandsprodukt	2838,5	2,1	–1,2	2,0	3,0
Bruttosozialprodukt	2838,0	1,6	–1,8	2,0	3,0
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts	1991=100				
Privater Verbrauch	108,8	4,7	4,0	3,0	2,5
Bruttoinlandsprodukt	109,5	5,3	3,9	2,5	2,0
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts					
Arbeitsvolumen	.	4,2	–2,2	–2,0	0,0
Produktivität	.	–2,1	1,0	4,0	3,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2337,0	5,9	0,7	3,5	5,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	567,4	1,3	–3,6	10,0	10,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1769,6	7,6	2,2	2,0	3,5
in vH des Volkseinkommens	.	74,6	75,7	74,0	73,0
Lohnkosten je Produkteinheit[3]	.	6,0	3,8	–0,0	0,0
Arbeitslose (Mill.)	3,42	2,98	3,42	3,80	3,79
Erwerbstätige[4] (Mill.)	35,14	35,83	35,14	34,69	34,70
Beschäftigte Arbeitnehmer[4] (Mill.)	31,65	32,36	31,65	31,18	31,18
Finanzierungssaldo des Staates[5] (Mrd. DM)	.	–159	–183	–170	–130
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	.	–34,4	–35,2	–25	–20

[1] Prognose; auf halbe Prozentpunkte gerundet. – [2] Um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. – [3] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – [4] Inlandskonzept. – [5] In der Abgrenzung der Finanzstatistik, einschließlich Treuhandanstalt; volle Berücksichtigung der Gewinnablieferung der Bundesbank als Einnahme des Bundes.

Quelle: Wie Tabelle 2.

Importe zunehmend lebhaft

Die deutschen Warenimporte haben sich zu Beginn dieses Jahres merklich belebt, insbesondere wurde die Einfuhr gewerblicher Vorprodukte kräftig ausgeweitet. Darin spiegelt sich wohl vor allem der Anstieg der Produktion in der eisenschaffenden Industrie, im Maschinen- sowie im Straßenfahrzeugbau wider. Mit der sich fortsetzenden Erholung der westdeutschen Konjunktur werden die Bezüge aus dem Ausland im Verlauf dieses Jahres weiter steigen; 1995 wird sich die Expansion nochmals verstärken. Neben Vorerzeugnissen werden im Zuge der erhöhten Investitionstätigkeit vermehrt auch Investitionsgüter importiert werden. Hingegen wird die Einfuhr von Verbrauchsgütern aufgrund der schwachen Konsumnachfrage der privaten Haushalte in diesem Jahr kaum zunehmen. Bei anhaltendem Anstieg von Nachfrage und Produktion in den neuen Bundesländern werden auch die ostdeutschen Bezüge aus dem Ausland in diesem und im kommenden Jahr deutlich ausgeweitet. Die Einfuhrpreise werden in diesem Jahr wohl etwas anziehen, diese Tendenz dürfte sich im nächsten Jahr verstärken. Maßgeblich ist, daß mit der Belebung der Weltkonjunktur die Rohstoffpreise steigen.

Preisauftrieb bleibt mäßig

Das Tempo des Preisauftriebs auf der Konsumentenebene wird im Prognosezeitraum verhalten bleiben. In den alten Bundesländern wird die Zunahme des Preisindex für die Lebenshaltung in diesem Jahr gegenüber dem im Durchschnitt im vergangenen Jahr rund 3 vH betragen, im kommenden Jahr rund 2,5 vH. In den neuen Bundesländern ist nur noch mit einem geringfügig höheren Anstieg zu rechnen. Maßgeblich für die gedämpfte Entwicklung der Verbraucherpreise sind die insgesamt nur moderate Nachfragebelebung – insbesondere auf der Konsumentenebene – und die Verringerung der Kosten der Unternehmen. Bei Preisen für lohnintensive Dienstleistungen ist angesichts der mäßigen Tariflohnsteigerungen eine spürbare Verlangsamung des Auftriebs zu beobachten; sie wird sich wohl fortsetzen. Dagegen wird die im Zusammenhang mit der Belebung der Weltkonjunktur zu beobachtende Verstärkung des Preisauftriebs bei Rohstoffen das Preisniveau tendenziell erhöhen. Gegenwärtig wirkt dem Anstieg der Rohstoffpreise noch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar entgegen; es ist jedoch nicht zu erwarten, daß der Dollar dauerhaft zur Schwäche neigt.

Keine grundlegende Entspannung am Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiter angespannt, sie hat sich zuletzt jedoch nicht mehr so rasch verschlechtert wie im Verlauf des vergangenen Jahres. Die Zahl der in Westdeutschland Erwerbstätigen sank im ersten Quartal dieses Jahres saisonbereinigt um rund 140 000 und damit etwas weniger stark als in jedem der vier vorangegangenen Quartale. Zudem beurteilen die Unternehmen die Beschäftigungsaussichten nicht mehr so pessimistisch wie gegen Ende

des vergangenen Jahres. Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte die Erwerbstätigkeit – wenn auch abgeschwächt – nochmals zurückgehen. Im Durchschnitt des Jahres 1994 wird die Zahl der Erwerbstätigen um rund 450000 niedriger sein als 1993. Neben dem nur mäßigen Aufschwungstempo ist hierfür maßgeblich, daß die Löhne in den vergangenen Jahren stärker als die Arbeitsproduktivität gestiegen sind. Das Erwerbspersonenpotential wird 1994 um rund 170000 steigen; es wächst deutlich langsamer als im Vorjahr, da die Zuwanderung nachläßt. Bei rückläufiger Arbeitskräftenachfrage und gleichzeitig steigendem Arbeitskräfteangebot dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen das Niveau im Vorjahr um rund 310000 überschreiten.[2]

In Ostdeutschland ist die Zahl der Erwerbstätigen im Verlauf des Winterhalbjahrs nur noch wenig zurückgegangen. Es zeichnet sich ab, daß die Beschäftigtenzahl im Verlauf dieses Jahres nicht weiter sinkt. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Erwerbstätigen um 10000 geringer, die der registrierten Arbeitslosen – vor allem wegen des verminderten Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Instrumente – um 70000 größer sein als 1993.

Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte die Erwerbstätigkeit in Westdeutschland leicht steigen. Maßgeblich hierfür ist, daß die Lohnpolitik in diesem Jahr auf einen moderaten Kurs eingeschwenkt ist und sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung 1995 gefestigt haben wird. In Ostdeutschland werden bei der kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion erstmals mehr Personen einen neuen Arbeitsplatz finden als verlieren.

Weitere Zinssenkungen bergen Inflationsgefahren

Mit den Zinssenkungen in den vergangenen zwei Jahren hat die Geldpolitik ihren restriktiven Kurs verlassen und den Konjunkturaufschwung eingeleitet. Nach den erneuten Zinssenkungen im Mai und Juni 1994 mehren sich die Zweifel, ob weitere Zinssenkungen mit dem Stabilitätsziel der Bundesbank vereinbar sind. Die Geldmenge M3 expandiert erheblich oberhalb des für 1994 angekündigten Zielkorridors; auch die enger gefaßten Geldmengenaggregate M1 und M2 nehmen mit Raten von mehr als 10 vH zu. Die Kapitalmarktzinsen sind seit Beginn des Jahres um mehr als einen Prozentpunkt gestiegen. Die Differenz zwischen der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere und dem Zinssatz für Dreimonatsgeld, die bis dahin negativ war, beträgt Mitte Juni reichlich 1,5 Prozentpunkte; sie ist damit größer als im langjährigen Durchschnitt (rund 1 Prozentpunkt). Die Konjunktur hat den Tiefpunkt durchschritten und erholt sich nun; dabei ist der Produktionsanstieg in diesem Jahr wohl merklich größer als vielfach erwartet. Zwar wird es noch geraume Zeit dauern, bis die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wieder ihr Normalniveau erreicht. Es ist aber zu bedenken, daß eine zu starke geldpolitische Lockerung

[2] Der Rückgang der Beschäftigung sowie der Anstieg des Erwerbspersonenpotentials schlagen sich somit nur rund zur Hälfte in einer Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit nieder. Maßgeblich hierfür ist, daß vor allem die zugewanderten Arbeitskräfte wegen zumeist fehlender Ansprüche auf Lohnersatzleistungen keinen Anreiz haben, sich bei der Arbeitsverwaltung zu melden.

den Keim für konjunkturelle Übersteigerungen und damit für eine abermalige Beschleunigung des Preisauftriebs legt. Nach unserer Auffassung sollte die Bundesbank zunächst von weiteren Zinssenkungen absehen. Erst wenn sich das Geldmengenwachstum wieder deutlich an den Zielkorridor angenähert hat oder wenn verläßliche Informationen vorliegen, daß beispielsweise wegen nachhaltiger Veränderungen in den Kassenhaltungsgewohnheiten ein rascheres Geldmengenwachstum mit einem potentialorientierten Kurs vereinbar ist, wären neuerliche Zinsschritte zu erwägen. Sie wären so zu bemessen, daß die Geldmenge potentialgerecht ausgeweitet wird; Zinserhöhungen sind grundsätzlich nicht auszuschließen.

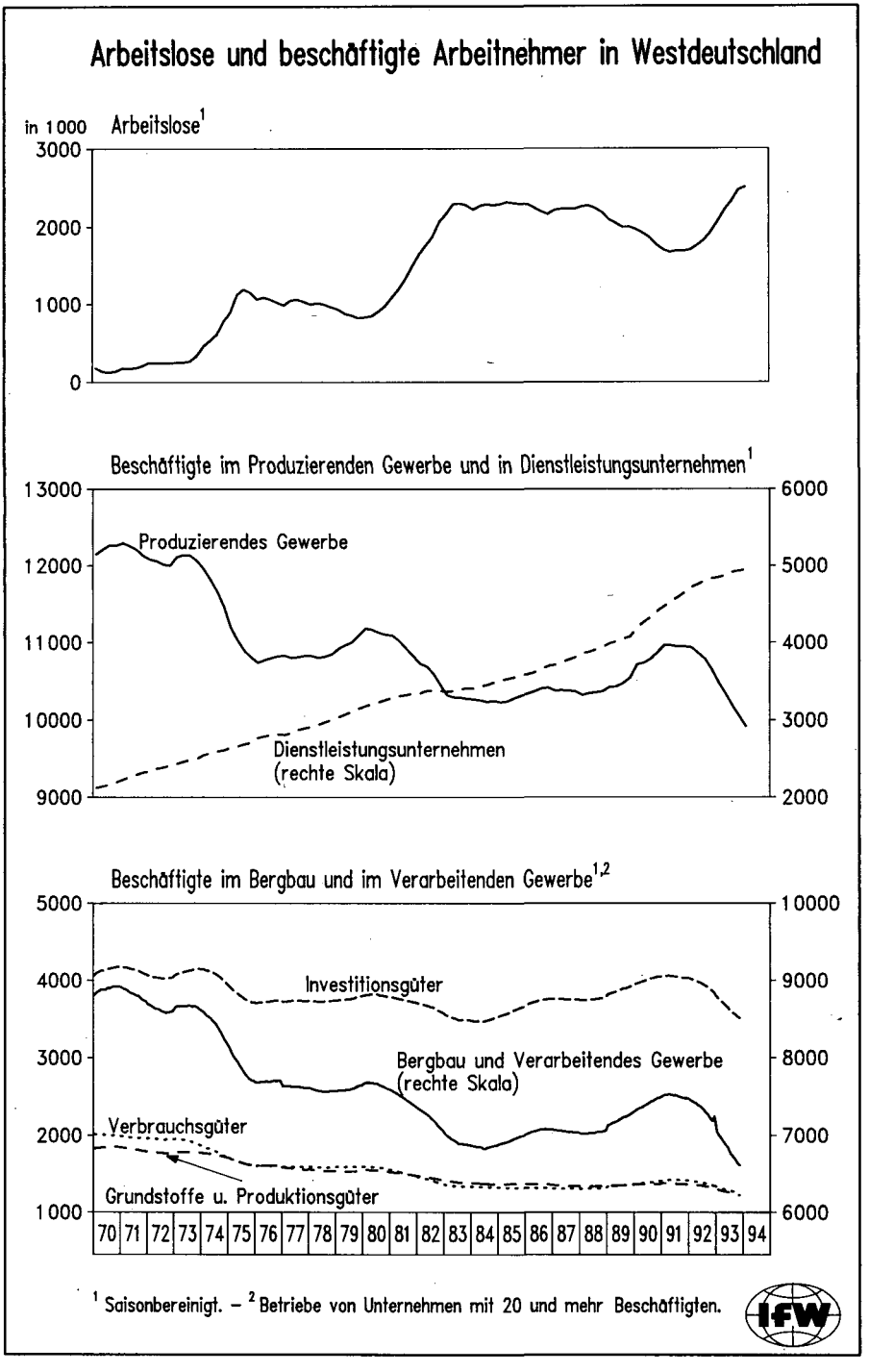
Es liegt nunmehr an der Lohn- und der Finanzpolitik, dafür zu sorgen, daß es zu einer nachhaltigen Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung kommt. Die Tarifvertragsparteien haben in der vergangenen Lohnrunde einen Teil der Fehlentwicklungen in den frühen neunziger Jahren korrigiert. Durch maßvolle Lohnerhöhungen haben sie dazu beigetragen, daß der Rückgang der Beschäftigung zu Ende geht. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände müssen nun in den Lohnrunden der kommenden Jahre ihrer Verantwortung für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze gerecht werden. Nur so kann verhindert werden, daß sich die Arbeitslosigkeit nach der Überwindung der Rezession auf einem abermals höheren Niveau einpendelt. Vermehrt sollten Einsteigertarife beschlossen werden.

Die Finanzpolitik muß die Leistungsanreize und die Investitionsbereitschaft stärken und so die Voraussetzung schaffen, daß das Produktionspotential rascher expandieren kann. Sie ist dieser Aufgabe bisher nicht gerecht geworden. Vielmehr wird die Abgabenbelastung 1995 weiter zunehmen. Es kommt nun darauf an, die Abgabenbelastung und das Tempo der Ausgabenausweitung rasch zu senken. Entsprechende Gesetzesänderungen müssen zügig beschlossen werden.

Arbeitslosigkeit, Konjunktur und Strukturwandel

Gegenwärtig werden häufig entweder Schwankungen in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage oder strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft als konkurrierende Ursachen für den Anstieg der Arbeitslosigkeit genannt. Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland seit dem Beginn der siebziger Jahre (Schaubild 3), so ist evident, daß beide Faktoren von Bedeutung sind. Die Arbeitslosigkeit ist regelmäßig in konjunkturellen Schwächephasen (Mitte der siebziger, Anfang der achtziger Jahre und 1992/93) sprunghaft gestiegen. Im folgenden Aufschwung hat sie sich jedoch nicht vollständig zurückgebildet, wie es zu erwarten gewesen wäre, wenn allein die Schwankungen der Nachfrage maßgeblich wären. Vielmehr war nach jeder Rezession der Sockel an Arbeitslosen um rund 800 000 Personen höher als zuvor. Augenfällig bei jedem der drei wirtschaftlichen Einbrüche ist gleichzeitig, daß sich die Struktur der Wirtschaft jeweils schubhaft verändert hat. Besonders deutlich ist dies bei der Beschäftigtenstruktur. Während die Zahl der Beschäftigten in den Dienstleistungsunternehmen auch in den Rezessionsphasen stieg, gingen im Produzierenden Gewerbe jeweils rund eine Million Arbeitsplätze verloren; in

Schaubild 3


Arbeitslose und beschäftigte Arbeitnehmer in Westdeutschland
in 1000 Arbeitslose[1]
3000
2000
1000
0
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe und in Dienstleistungsunternehmen[1]
13000
12000
11000
10000
9000
6000
5000
4000
3000
2000
Produzierendes Gewerbe
Dienstleistungsunternehmen
(rechte Skala)
Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1,2]
5000
4000
3000
2000
1000
10000
9000
8000
7000
6000
Investitionsgüter
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
(rechte Skala)
Verbrauchsgüter
Grundstoffe u. Produktionsgüter
70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94
[1] Saisonbereinigt. – [2] Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
IFW

den folgenden Aufschwüngen nahm dort die Zahl der Arbeitsplätze stets weit weniger zu als sie zuvor abgenommen hatte. Auch innerhalb des Produzierenden Gewerbes lassen sich auf einzelne Branchen konzentrierte Verluste an Arbeitsplätzen beobachten, denen dort in der Folgezeit bei weitem keine entsprechenden Gewinne an Arbeitsplätzen gegenüberstanden.

Strukturwandel vollzieht sich nicht losgelöst von der konjunkturellen Entwicklung. Strukturwandel findet immer statt, in der Aufschwungs- wie in der Abschwungsphase der Konjunktur. Strukturelle Wandlungen verlangsamen sich jedoch im Aufschwung, und sie verstärken sich im Abschwung. In Aufschwung und Hochkonjunktur wird vermehrter struktureller Anpassungsdruck aufgebaut, der sich dann in Abschwung und Rezession entlädt. In jeder hochkonjunkturellen Phase werden an sich schon Preise als Knappheitssignale falsch interpretiert. Im Soge des Nachfragebooms und der allgemein hohen Auslastung der Produktionskapazitäten können sogar solche Unternehmen rentierliche Preise verlangen, die sich auf die Dauer im Wettbewerb nicht behaupten. Sachkapital wird für Zwecke verwendet, die mittelfristig keine Rendite abwerfen. In der Hochkonjunktur werden auch falsche Knappheitssignale gegeben; Unternehmen gestehen Löhne zu, zu denen sie auf mittlere Frist die Beschäftigung nicht aufrechterhalten können. Besonders wichtig ist, daß in der Hochkonjunktur von den Gewerkschaften zudem vergleichsweise uniforme Lohnforderungen durchgesetzt werden, die den unterschiedlichen mittelfristigen Bedingungen in den einzelnen Branchen wenig Rechnung tragen; denn Arbeitsplatzverluste, vor allem künftige, fallen (noch) kaum ins Gewicht. Ebenso wie Unternehmen in der Euphorie der Hochkonjunktur die Zukunftschancen fehleinschätzen mögen, hegen vermutlich auch Arbeitnehmer Illusionen über die Sicherheit des Arbeitsplatzes; sie sind weniger geneigt, den Arbeitsplatz zu wechseln. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß im einzelnen in der Regel nicht zwangsläufig ist, daß Unternehmen aufgeben müssen. Aus allen diesen Gründen ist zu erwarten, daß sich der Strukturwandel in der Hochkonjunktur eher verlangsamt.

In jedem der drei Aufschwünge seit Beginn der siebziger Jahre nahm das Lohnniveau stärker zu als es mit dem Ziel eines mittelfristig hohen Beschäftigungsniveaus vereinbar gewesen wäre; die Zunahme der Löhne war regelmäßig sehr viel größer als der Anstieg der Arbeitsproduktivität. Je mehr die Löhne in der Hochkonjunktur über das mittelfristig tragbare Niveau hinausschießen, desto abrupter und krisenhafter fallen die strukturellen Anpassungsprozesse in der Rezession aus. Anders ausgedrückt könnten sich strukturelle Änderungen der Wirtschaft vergleichsweise reibungslos vollziehen, wenn die konjunkturellen Übersteigerungen bei den Löhnen geringer wären. Häufig wird argumentiert, eine Übersteigerung des Lohnniveaus korrigiere sich in der Rezession. Was mit Korrektur des Lohnniveaus gemeint ist, bleibt freilich unklar. Eine Senkung des Lohnniveaus beispielsweise auf jenes Niveau, das unmittelbar vor Beginn der Rezession oder auch vorher, im Aufschwung, herrschte, würde jedoch nicht hinreichen, um ein ebenso hohes Beschäftigungsniveau wie zu jener Zeit zu ermöglichen. Dies kann man damit begründen, daß sich die berufliche Qualifikation der Arbeitskräfte – je länger sie arbeitslos sind – im Vergleich zu der der Beschäftigten verringert; sei es, daß die Fähigkeiten der Arbeitslosen abnehmen,

sei es, daß die Beschäftigten neu hinzulernen. Arbeitslose sind aus der Sicht der Arbeitgeber also weniger wertvolle Arbeitskräfte als es die jeweils Beschäftigten sind. Ähnlich, in der Konsequenz freilich gravierender, verhält es sich, wenn Arbeitskräfte aus strukturellen Gründen einen Arbeitsplatz verlieren, also weil Branchen im Zuge der Rezession dauerhaft schrumpfen. Solche Arbeitslose sind aus der Sicht potentieller neuer Arbeitgeber in anderen Branchen in der Regel unqualifiziert: ein Facharbeiter, der in der Stahlindustrie arbeitslos wird, kann nicht hoffen, einen Platz im Flugzeugbau oder in einem Dienstleistungsunternehmen zu den dort üblichen Löhnen zu finden. Eine Chance erhielte er allerdings, wenn er zu einem niedrigeren Lohn eingestellt werden könnte, möglicherweise einem sehr viel niedrigeren als zuvor in der Stahlindustrie. Dies wird vielfach durch tarifvertragliche Regelungen verhindert. Hierin liegt vermutlich eine der Ursachen, warum die Bewältigung des Strukturwandels am Arbeitsmarkt heute ungleich schwieriger ist als etwa in den sechziger Jahren [Klodt, 1994, S. 15]. Damals erfolgte eine Umsetzung von Arbeitskräften aus dem primären in den sekundären Sektor. Dies gelang insgesamt ohne größere Probleme, da der industrielle Sektor mit attraktiven Löhnen Arbeitskräfte abwerben konnte. Demgegenüber ist heute ein Strukturwandel vom sekundären hin zum tertiären Sektor dominierend, wo die Verdienstmöglichkeiten für Arbeitskräfte, die über keine speziellen Kenntnisse bei Dienstleistungen verfügen, vielfach geringer sind als in der Industrie.

Löhne sollen eine allokative Funktion haben; sie sollten ermöglichen, daß die Unternehmen Arbeitskräfte finden und die Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz. Das ist bei den kollektiven Tarifvertragsverhandlungen in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten zunehmend aus dem Blick geraten. Für die einzelnen Tätigkeiten wurde zu wenig differenziert. Auch wurden für Beschäftigte und Arbeitslose jeweils gleiche tarifvertragliche Bestimmungen vereinbart. Weil die freigesetzten Arbeitskräfte bei den gesetzten tariflichen Normen zu teuer sind, bleiben Ressourcen ungenutzt; den abrupten strukturellen Einbrüchen steht ein Defizit beim Aufbau neuer Branchen gegenüber, und die Wirtschaft wächst unnötig langsam. Welche Lohnstruktur zu einem hohen Beschäftigungsniveau paßt, kann nur durch marktwirtschaftliche Prozesse herausgefunden werden. Dafür sollten die kollektiven Tarifvertragsvereinbarungen möglichst viel Raum gewähren.

Es sind freilich nicht nur die kollektiven Lohnvereinbarungen (einschließlich der Vereinbarungen von Lohnnebenkosten), sondern die institutionellen Bedingungen insgesamt, die den Arbeitsmarkt seiner allokativen Funktionsfähigkeit berauben. So führen besondere Schutzvorschriften für einzelne Gruppen von Arbeitnehmern wie Entlassungsverbote dazu, daß Arbeitskräfte erst gar nicht eingestellt werden. Dieselben Wirkungen haben Sozialplanverpflichtungen. Die Verpflichtung, daß der Erwerber eines vom Konkurs betroffenen Unternehmens alle Arbeitnehmer übernehmen muß, führt häufig zur Schließung ganzer Betriebe. Daneben behindern das Niveau und die Ausgestaltung der sozialen Sicherung die Reintegration derjenigen Arbeitslosen, die nur über ein geringes Qualifikationsniveau verfügen. So gibt es bestimmte Personengruppen, bei denen der Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung im Niedriglohnbereich

oder bei Teilzeitarbeit gering ist, da sie dadurch ihr Einkommen nur wenig aufstocken können [Boss, 1993]. Sie befinden sich in einer „Armutsfalle", eine Reintegration in den offiziellen Arbeitsprozeß, die auf mittlere Sicht höhere Einkommen verspricht, wird vielfach verhindert. Soll die Arbeitslosigkeit verringert werden, sind also auch bei den Regelungen der sozialen Sicherung Korrekturen notwendig.

Summary

Federal Republic of Germany: Recovery Gains Momentum Despite Weak Consumption

Output in Western Germany Has Left the Bottom

In the old federal states the recession is over. Output has increased since spring 1993, although, the expansion has been fairly unstable: Output even declined in the fourth quarter of 1993, but increased again in the first quarter of this year at an annual rate of 3.5 p.c. so that it was 2.1 p.c. higher than a year ago. This pronounced increase, however, is partly due to favorable weather conditions which stimulated construction output. According to surveys, the business climate and capacity utilization in manufacturing have increased markedly since last autumn. In the first half of 1994 unemployment expanded at a lower pace than in 1993, and the decrease in employment has slowed down. Inflation has decelerated to an annual rate of about 2.5 p.c. However, compared to its level a year ago the consumer price index in May was still 3.0 p.c. higher, mainly because of higher mineral oil taxes and a rise in administered prices.

Marked Increase of Production in Eastern Germany

In the five new federal states output growth accelerated in the winter semester 1993/94, real GDP was about 8.5 p.c. higher than a year ago. Along with construction, the manufacturing sector became a driving force of the upswing. Industrial production exceeded its pre-year's level by about 15 p.c. Despite this marked upswing there has not been a reduction of unemployment, although the decline in employment almost came to a halt. This is mainly because the number of people in public labour market schemes is declining. The year-over-year inflation rate was 3.4 p.c. in May, thus only marginally higher than in western Germany.

Outlook: Recovery in Western Germany Gathers Strength

Leading indicators suggest that the upswing in the old federal states will gain momentum in the course of this as well as next year. In the manufacturing sector, new orders from abroad accelerated and domestic orders – after a decline in autumn 1993 – are on the rise again. In the construction sector demand

expands strongly. Even more important, the improvement of the underlying conditions continues: Since summer 1992, the Bundesbank has reduced short-term interest rates by about 4 percentage points. The term structure of interest rates is now positive. The central bank has announced that it will continue to lower interest rates. The monetary easing will stimulate domestic demand. Low wage increases and progress in reducing cost will help companies to restore profits. Wage increases came down from about 5.5 p.c. (1992) and 4 p.c. (1993) to about 2 p.c. in this year's bargaining round. Because of high unemployment wage increases will remain low next year. The upswing in main trading partner countries will give a stimulus to German exports. On the other hand, fiscal policy puts a drag on economic activity. At the beginning of this year taxes and social secturity contributions rose and there were cuts in welfare benefits. Still the public budget deficit will remain high in 1994. In order to further consolidate the budget, taxes and social secturity contributions will increase again in 1995: The 7.5 p.c. surcharge on the income tax will be reintroduced, insurance and property taxes will be raised and for the new old age nursing care insurance a contribution of 1 p.c. of the wage bill will be levied. Taken together, this will reduce the purchasing power of the private households and thus cause private consumption to decline at the beginning of this upswing.

To sum up, the expansion of output will gather strength in the course of this as well as next year. However, capacity utilization will rise significantly only in 1995. On average, real GDP will exceed its pre-year's level by about 1.5 p.c. in 1994 and by about 2.5 p.c. in 1995. Inflation will remain low in the near future: Consumer prices will exceed their pre-year's level by about 3 p.c. in 1994 and by 2.5 p.c. in 1995. The decline in employment will slow down in the course of 1994; for the year as a whole the number of persons employed nevertheless is likely to drop by about 450,000 as compared to 1993. This reflects the fact that in the last years wages increased much faster than productivity. In 1995 employment will rise slightly because wage increases have become more moderate and the upswing will gain momentum.

Progress in Restructuring of Eastgerman Companies

It becomes evident that the catching-up process of the Eastgerman economy has started. Overall production grows rapidly although the transfers from western Germany, which to a large extent determined economic activity in previous years, are now increasing at a more moderate pace. In 1993, production in eastern Germany for the first time grew faster than domestic demand. Investment activity remained high. Last year for the first time total investment per capita was higher than in western Germany. The productivity gap vis-à-vis western Germany has disminished but is still considerable. In 1993, overall output per person employed amounted to 46 p.c. of the Westgerman level. Yet, due to a further sharp rise of wages unit labour costs surmounted the level in the old federal states by about 70 p.c. On total, the companies in eastern Germany were still facing losses in 1993. However, in contrast to large companies, the majority of small and medium-sized companies, which mainly consist of

newly founded and re-privatised firms, already made profits in 1993. While firms which mainly produce for local markets can noticeably expand their production, companies still have difficulties in opening up foreign markets. More and more companies from eastern Germany have to compete with firms from middle and eastern European countries which have considerably lower wage costs. Thus, besides the acquisition of capital the rapid increase of wages remains the most pressing problem for Eastgerman companies.

The economic recovery in western Germany and western Europe makes it easier for Eastgerman companies to gain market shares, and the production in the manufacturing sector will continue to increase faster than total output. The expansion in the industrial sector favours transportation and other production related services, whereas in retail trade and other consumption related services the expansion is dampened by the weaker growth of real incomes. The construction sector will benefit from a noticeable increase in the demand for new housing. To sum up, total output in eastern Germany will grow vigorously this year as well as next year as progress has been made with respect to the supply side of the economy. This year, the number of persons employed will decline slightly. However, due to the strong rise in overall production and the marked creation of new jobs, in 1995 there will be for the first time since unification a net increase in the number of jobs.

Further Interest Rate Cuts Raise the Risk of Inflation

By cutting interest rates several times during the last two years monetary policy left its restrictive course and induced a cyclical turnaround. After the recent rate cuts in May and June 1994 doubts increase, whether further interest rate cuts are compatible with the Bundesbank's final medium-term goal of sustained low inflation of no more than 2 p.c. At present, M3 growth is well above its target range for 1994, and even the narrowly defined monetary aggregates M1 and M2 currently expand at a rate of more than 10 p.c. Long-term interest rates have increased by more than 1 percentage point since the beginning of this year. In mid-June the yield curve is clearly upward sloping; the difference between the long-term interest rate and the three-months money-market rate amounts to about 1.5 p.c.; this is more than the long-term average (1 p.c.). Economic activity has left the bottom and the upswing is gaining momentum. It will certainly take some time for capacity utilization to be back to its normal level. Nevertheless, because of the lag in the effect of monetary policy a pronounced monetary easing might induce cyclical exaggerations and a subsequent rise in inflation. In our opinion the Bundesbank should therefore avoid further interest rate cuts in the near future. Only when monetary growth has again approached the target range or when reliable information is at hand that, for instance, the demand for money is rising faster than expected in the medium term, the Bundesbank should consider a further reduction in interest rates.

Literaturverzeichnis

BOSS, Alfred, „Zur Entwicklung der Arbeitseinkommen und der Transfereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland". Die Weltwirtschaft, 1993, S. 311–330.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT, unter Mitarbeit des INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (DIW, IfW, IWH), Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Zehnter Bericht. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 231, April 1994.

DÖPKE, Jörg, Malte FISCHER, „Was bestimmt die deutschen Exporte?". Die Weltwirtschaft, 1994, S. 54–66.

KLODT, Henning, Deindustrialisierung als Wachstumsbremse? Vortrag bei der 57. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. am 28./29. April 1994 in Bad Godesberg.

RAHNEBERG, Helmut, „Ostdeutsches Verarbeitendes Gewerbe: Wettbewerbsfähigkeit nur nach Kostensenkung". In: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), Konjunkturbericht 3/94, S. 15–22.

SANDER, Birgit, Anpassungsprozesse in der ostdeutschen Wohnungswirtschaft. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 224/225, Februar 1994.

STATISTISCHES BUNDESAMT, Wirtschaft und Statistik. Stuttgart 1994, H. 3.